



## **Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

zur Verarbeitungstätigkeit „Vergabe von institutioneller Förderung und Projektzuschüssen“

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Förderung von Kunst und Kultur in Oldenburg verarbeitet. Grundlage für die Verarbeitung ist die Einreichung eines Zuschussantrages in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 1 litera a DSGVO.

Zur Prüfung des Zuschussantrages ist es erforderlich, dass wir Ihre personenbezogenen Daten erheben und verarbeiten. Deshalb sind Sie verpflichtet, die personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen. Sollten Sie die Daten nicht zur Verfügung stellen, müssen Sie mit einer für Sie negativen Sachentscheidung rechnen.

Ihre Daten werden für einen Zeitraum von zehn Jahren gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit dem Zeitpunkt der Antragstellung.

Ihre personenbezogenen Daten werden teilweise an die Stadtkasse weitergeleitet.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle erreichen Sie per E-Mail unter [servicecenter@stadt-oldenburg.de](mailto:servicecenter@stadt-oldenburg.de) und postalisch unter:

Stadt Oldenburg (Oldb)  
Der Oberbürgermeister  
26105 Oldenburg

Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg kontaktieren: per E-Mail unter [datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de](mailto:datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de) und postalisch unter

Stadt Oldenburg (Oldb)  
Der Oberbürgermeister  
Behördliche Datenschutzbeauftragte  
– persönlich –  
26105 Oldenburg

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.